

München, 04.03.2022

SPD-Initiative erfolgreich: Bayern braucht ein Bahnhofskonzept

Verkehrspolitische Sprecherin Inge Aures: Belebungs- und Aktivierungskonzept soll Verweisen der Bahnhöfe stoppen, den Bahnverkehr attraktiv halten und langfristig Arbeitsplätze sichern

Um den Bahnverkehr attraktiv zu halten, den Umstieg auf die Schiene zu forcieren und das Verweisen von immer mehr bayerischen Bahnhöfen zu stoppen, braucht Bayern eine neue Strategie. Die verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion **Inge Aures** fordert deshalb von der Staatsregierung, ein Konzept für bayerische Bahnhöfe zu erarbeiten. Ziel des Konzepts soll sein, Servicepersonal in Fahrkartenbetrieb und Kundencentern zu erhalten, Arbeitsplätze dauerhaft zu sichern und die Bahnhöfe damit wieder zu beleben.

"Immer mehr verwaiste Bahnhöfe in Bayern führen dazu, dass der Fahrkartenverkauf oftmals über sogenannte ‚Videoreisecenter‘ stattfindet. Reisende können dann nur über einen Videoschalter mit einem Bahnmitarbeiter sprechen, nicht mehr mit dem Fahrkartenverkäufer direkt vor Ort. An den meisten bayerischen Bahnhöfen gibt es überhaupt kein Servicepersonal. Das können wir so nicht hinnehmen", sagt Aures. Offenbar habe nun auch die Bayerische Staatsregierung begriffen, dass gegen das Verweisen von bayerischen Bahnhöfen, insbesondere im ländlichen Raum, etwas unternommen werden muss, wenn der Bahnverkehr attraktiv bleiben soll. Bei den Beratungen im Verkehrsausschuss einigten sich SPD und die Regierungsfractionen auf einen gemeinsamen Beschluss. Damit ist die Staatsregierung angehalten, gemeinsam mit Bund und Deutscher Bahn ein Belebungskonzept zu erarbeiten, das Fortbestand von Fahrkartenvertrieb, Kiosken, Gastronomie und Einzelhandel sichert.

"Wir fordern von dem neuen Verkehrsminister, seiner Pflicht nachzukommen und die Vereinbarungen einzuhalten. Bereits Bernreuters Vorgängerin hat immer die Wichtigkeit von personenbedienten Bahnhöfen betont. Das muss die Staatsregierung jetzt zügig umsetzen", mahnt die Verkehrsexpertin Aures. Ausgangspunkt der SPD-Initiative ist eine Petition der Eisenbahngewerkschaft EVG, die sich gegen die vorgezogene Umstellung des Fahrkartenverkaufs auf "Videoreisezentren" in ostbayerischen Bahnhöfen wehrte.